Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch/miniregion

FIDAZ

Fussgängerin bei Kollision mit Bus verletzt

Am Freitag ist es bei einem Wendeplatz in Fidaz zu einer Kollision zwischen einem Ortsbus und einer Fussgängerin gekommen. Dabei wurde die Frau verletzt. Sie wurde von einem Ambulanzteam der Rettung Chur notfallmedizinisch betreut und danach ins Kantonsspital Graubünden transportiert. Laut einer Mitteilung der Kantonspolizei Graubünden hatte ein Chauffeur kurz nach 17 Uhr seinen Linienbus gewendet. Die Frau hatte sich gleichzeitig dem Bus genähert, um in diesen einzusteigen. Dabei kam es zur Kollision zwischen dem Fahrzeug und der Frau, die stürzte und sich mittelschwer am Oberschenkel verletzte. *(red)*

CHUR

Der «Dunna»-Preis ist übergeben worden

Bild Olivia Aebli-Item

Heidi Theus-Saxer (links) und Irina Domenig-Skaanes haben gestern Sonntag den Preis «Dunna 2022» für ihren Einsatz zugunsten des Familienzentrums Planaterra in Chur (Ausgabe vom Mittwoch) überreicht erhalten. Der Förder- und Anerkennungspreis wird alle zwei Jahre an Frauen in Graubünden verliehen, die auf kulturellem, wissenschaftlichem, sozialem oder politischem Gebiet Ausserordentliches leisten. Die Preisverleihung im Restaurant «B12» in Chur wurde vom Damenchor Chur Süd musikalisch begleitet. *(red)*

DAVOS

Davos rechnet für das kommende Jahr mit einem Plus

Das Davoser Gemeindebudget sieht für 2023 in der Erfolgsrechnung bei Erträgen von 128,1 Millionen Franken und einem Gesamtaufwand von rund 122,1 Millionen Franken ein operatives Ergebnis von knapp fünf Millionen Franken vor. In der Botschaft an den Grossen Landrat, der das Budget am 15. Dezember behandelt, ist festgehalten: «Weiterhin sind hohe Investitionen vorgesehen, um einem Investitionsstau vorzubeugen und die Attraktivität der Gemeinde weiter zu steigern.» Der Voranschlag 2023 beinhaltet Nettoinvestitionen von total 32,1 Millionen Franken. Der Steuerfuss soll auf seinem bisherigen Stand von 103 Prozent belassen werden. *(béz)*

CHUR

Bischof Bonnemain ernennt vier neue Domherren

Nach verschiedenen Vakanzen im Domkapitel hat Bischof Joseph Bonnemain Gregor Barmet, Ernst Fuchs, Matthias Horat und Josef Zwyssig zu nichtresidierenden Domherren ernannt. Barmet ist Pfarrer in Domat/Ems. Mit den Ernennungen ist das Domkapitel wieder vollständig. *(red)*

Grosse Zustimmung für die zwei Justizvorlagen

Die beiden obersten Bündner Gerichte werden zu einem. Dafür haben sich fast 84 Prozent der Stimmbevölkerung ausgesprochen. Und knapp 70 Prozent sind auch für den Kredit dazu.

von Ursina Straub

Alle Bündner Gemeinden haben am Sonntag die Teilrevision der Kantonsverfassung deutlich angenommen – und damit grünes Licht dafür gegeben, dass das Kantons- und Verwaltungsgericht neu zum Obergericht werden. Der Ja-Stimmen-Anteil lag bei satten 83,6 Prozent. Nur 16,4 Prozent der Stimmberechtigten waren gegen eine Zusammenlegung der beiden obersten Gerichte. Tief war jedoch die Stimmbeteiligung, sie lag bei 23,5 Prozent.

Am deutlichsten befürworteten die drei Gemeinden Muntogna da Schons, Calanca und Santa Maria in Calanca die Justizreform 3: nämlich mit 95 Prozent, erstere sogar mit 95,6 Prozent.

Den Verpflichtungskredit von 29,2 Millionen Franken für den Umbau und die Erweiterung des Staatsgebäudes nahmen fast alle Gemeinden an. Nur Ferrera und Rongellen lehnten ihn ab. Allerdings stimmten dort je gleich viele Stimmberechtigte dafür wie dagegen. In beiden Gemeinden sorgte in der Folge der Stichentscheid für ein Nein. Am klarsten für den Kredit waren die drei Gemeinden Santa Maria in Calanca (90,5 Prozent Ja-Stimmen), Celerina/Schlarigna (89,4 Prozent) und Rossa (86,5 Prozent). Die Stimmbeteiligung betrug auch beim Kredit tiefe 23,6 Prozent.

«Zeitgemäss und modern»

Erfreut über die deutliche Zustimmung zur Justizreform 3 zeigte sich Justizminister Peter Peyer am Abstimmungssonntag: «Für Graubünden bedeutet das Abstimmungsresultat: dass der Kanton ein zeitgerechtes, modernes Gesetz bekommt, das den Gerichten ermöglicht, in zeitgemässen Räumlichkeiten und unter zeitgemässen organisatorischen Voraussetzungen Recht zu sprechen.»

Der hohe Ja-Stimmen-Anteil von über 83 Prozent sei ein grosser Vertrauensbeweis in die Institutionen, vorab in die Institution Gericht, so Peyer. «Die Bündner Bevölkerung erwartet nun aber auch, dass wir eine effiziente, bürgernahe Rechtssprechung haben. Und dass die Richterinnen und Richter die nötigen Voraussetzungen für ihr Amt mitbringen.»

> «Das Resultat bedeutet: Dass der Kanton ein zeitgerechtes Gesetz bekommt.»
>
> **Peter Peyer**
> Justizminister

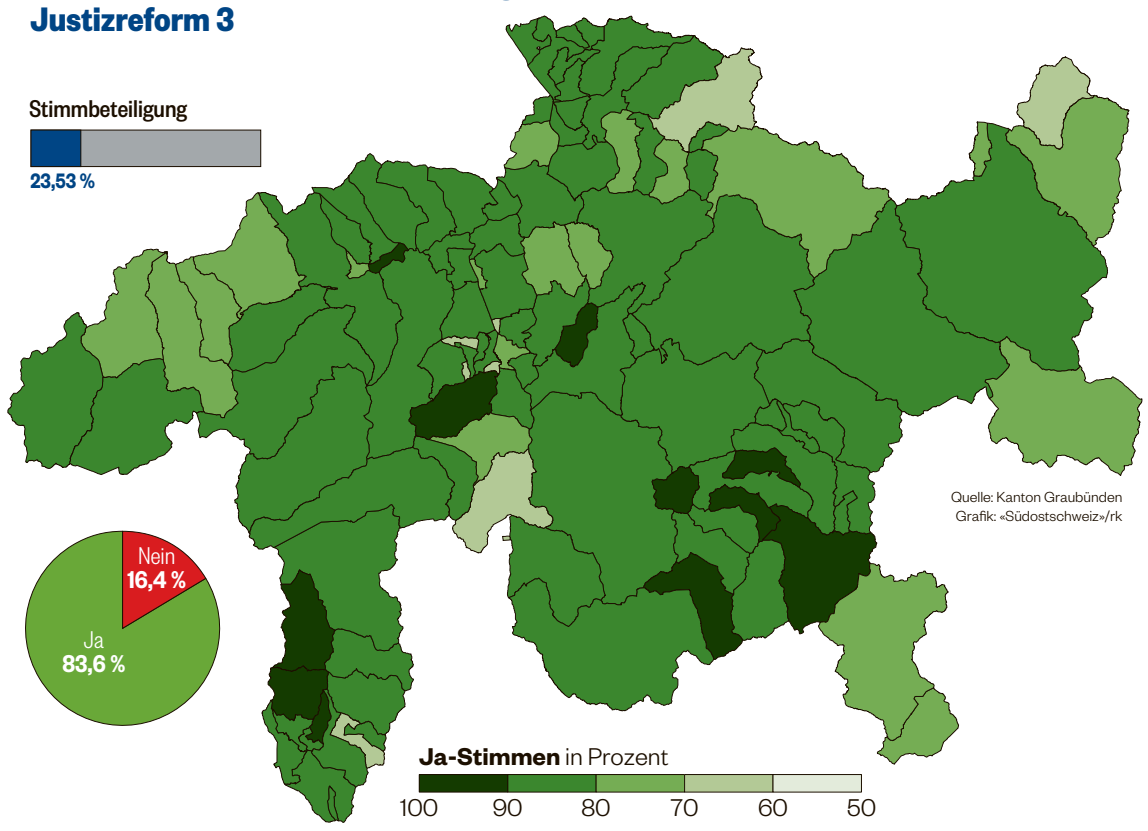
Als Nächstes geht es gemäss Peyer um die Vorbereitungsarbeiten, also etwa darum, eine Generalsekretärin oder einen Generalsekretär zu wählen, der die ganze Verwaltung der Gerichte leitet. Umgesetzt wird die Vorlage in zwei Schritten: Nächsten Frühling beginnen die Bauarbeiten, sodass der Gerichtsbetrieb – also die eigentliche Zusammenführung der beiden oberen kantonalen Gerichte – Mitte 2025 seinen Betrieb aufnehmen kann.

Froh um Ja für beide Vorlagen

Auch Infrastrukturminister Mario Cavigelli war sehr zufrieden mit dem Resultat der Abstimmung: «Mich freut in erster Linie, dass das Ergebnis für beide Vorlagen so deutlich ist.» Für Graubünden bedeute die Zustimmung auch, dass das Stimmvolk die kantonale Immobilienstrategie gutheisse.

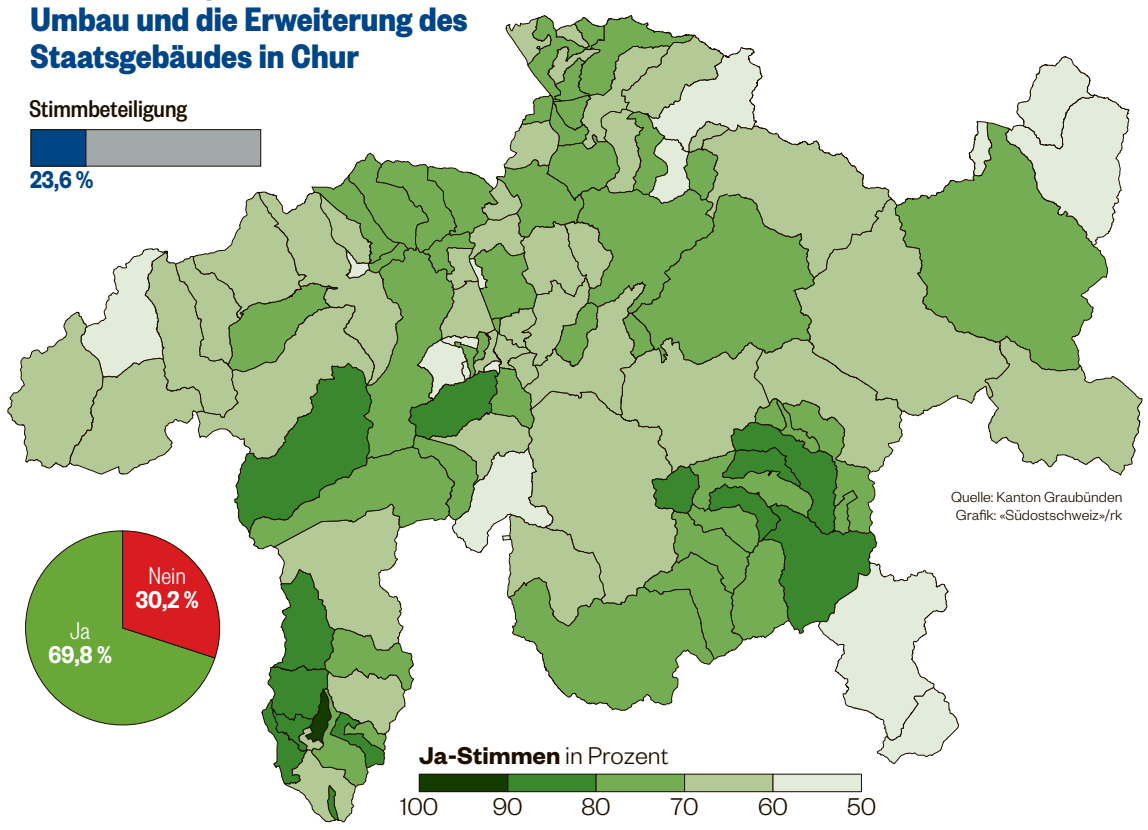
Es sei zu erwarten gewesen, dass die Justizreform 3 einen höheren Ja-Stimmen-Anteil erzielen würde als der Verpflichtungskredit, so Cavigelli. Denn bei der Justizreform sei es um eine grundsätzlichere Frage gegangen. «Diese finden in der Regel grosse Mehrheit, wohingegen teils kritisch hinterfragt wird, wenn man das Preisschild an ein Vorhaben hängt, also hier den Verpflichtungskredit.» Doch mit einem Ja-Stimmen-Anteil von knapp 70 Prozent geniesse die Vorlage grossen Rückhalt bei den Stimmberechtigten.

Teilrevision der Kantonsverfassung Justizreform 3



> «Es ist gelungen, dass beide Vorlagen als Einheit verstanden wurden.»
>
> **Mario Cavigelli**
> Infrastrukturminister

Verpflichtungskredit für den Umbau und die Erweiterung des Staatsgebäudes in Chur



Die hohe Zustimmung hat für Cavigelli unterschiedliche Gründe: «Ein Grund dürfte sein, dass auch im Bündner Parlament die Vorlage als wichtig betrachtet und einstimmig angenommen wurde.» Zudem habe es kein Gegenkomitee gegeben. «Schliesslich ist es gelungen, dass die Justizreform 3 und die räumliche Zusammenlegung der beiden Gerichte von den Stimmberechtigten als Einheit verstanden wurden.»

Durch die Gerichtszusammenführung würden sich Vorteile ergeben, erklärte Cavigelli, «wie immer, wenn Behörden zusammengelegt werden». Synergien, die hinlänglich bekannt seien, wie etwa jene, dass man sich kurz im Korridor bespreche, anstatt eine Sitzung einzuberufen. «Auch räumlich können Synergien genutzt werden und die Investitionen in die Sicherheit halbieren sich praktisch.» Zudem sei der neue Gerichtsort ein würdiger und könne bei Bedarf erweitert werden.

Gekennzeichneter Download (ID=-lwzXgIT89zz2SA9PRtWn6VxMcksBkM8qY5_lacgtJY)